

Das selbständige Turkestan.

Das ukrainische Informationsbüro in Stockholm teilt mit: Der Staat der Nationen in Kiew erhebt die Nachsicht, daß ein außerordentlicher Kongress der Muselmanen Turkestans in Übereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemaß den Grundsätzen der großen russischen Revolution das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bündnis mit der sozialistischen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein Nationalrat gewählt, in welchem ein Drittel der Sitz der nichtmuselmanischen Bevölkerung Turkestans vertrat. Der Beginn der Sitzungen des Nationalrates wurde auf den 5. Januar festgesetzt. Der Kongress hat auch eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die konstituierende Versammlung, welche demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

Kriegsminister v. Stein über die Kriegslage.

Bericht und Verständigungsdienst.

Der preußische Kriegsminister v. Stein äußerte sich im Gespräch mit einem Zeitungsvertreter u. a. wie folgt: „Ob und wann Frieden kommt, weiß ich nicht. Als Soldat sehe ich nur eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden: den Sieg. Man spricht von irgendwelchen Berichten, die ausgesprochen, den Frieden herbeiführen könnten. Was bedeutet denn ein vorzeitiger Bericht auf Vorteile aus einem glücklich verlaufenen Krieg? Jeder Bericht ist ein Beichen der Schwäche, eine Anerkennung der Niederlage. Wer auf die Früchte seiner Waffenerfolge verzichtet, sieht selbst den Feind in die Lage, sich als Sieger zu betrachten, und hilft ihm, seine Vernichtungspläne der Vernichtung näher zu rücken. Man spricht weiter von Verständigung. Ich kann mir schon eine Verständigung zwischen den Kriegsführenden denken, z. B. wenn sie um einer größeren Gefahr vorzubeugen, Frieden machen und sich gegen einen Dritten verbünden: Sagen wir, wenn sich jetzt die Kontinentalmächte gegen England und Amerika vereinigen. Darauf ist nun nicht zu rechnen. Nun entstehen können der Kampf nur dann enden, wenn beide Parteien zugeben, daß sie nicht weiter kämpfen können. Wer wird dies aber tun? Wer wird mit einer solchen Erklärung zunächst zum Frieden schreiten? Wird nicht lieber jede Partei versuchen, bis zur letzten Kraft zu kämpfen? Auf den Einwand, daß eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde bei der riesigen Front nicht gut möglich ist, erwiderte v. Stein: Warum denn nicht? Eigentlich ist die militärische Entscheidung schon da! Wir und unsere Verbündeten haben einerseits Besiegte, die Küste, wertvolle Provinzen Frankreichs, anderseits Serbien, Montenegro und Teile von Rumänien und Italien in Händen. In dem Augenblick, wo die Feinde anerkennen, daß sie uns nicht hinaustreiben können, geben sie eben zu, daß sie besiegt sind. Aber ich kann mir den Sieg auch unter weit vorstellen; Unter den Waffen auf dem Schlachtfelde. Wie ich mir diese Wendung denke, kann ich nicht sagen.“

Militarismus in Amerika.

Ein stehendes Heer.

Der „New York Herald“ meldet aus New York: Bei den Beratungen im Repräsentantenhaus über die Kriegsgesetze Willsons erklärte Staatssekretär Lansing, daß Amerika zum Schutz der kleinen Nationen nach dem Kriege ein das volle Gleichgewicht sicherndes stehendes Heer dauernd unterhalten wird. Deutschland durfe nicht wieder die allmächtige militärische Oberherrschaft der Welt besitzen. (11)

Einschneidende Maßnahmen der Washingtoner Regierung

Aus Washington wird gemeldet: Um den Rohstoffmangel abzuholzen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, 5 Tage lang geschlossen werden sollen. Es verlautet, daß die Regierung alle Fabrikalinen, mit Ausnahme derjenigen, welche Lebensmittel erzeugen, zehn Wochen lang jeden Montag außer Betrieb seien wird. Die Verfügung besteht sich auf alle Staaten östlich des Mississippi, ferne auf Minnesota und Louisiana; sie tritt am 17. Januar in Kraft. Wilson erließ dieser Verfügung seine Genehmigung. Unter diesen neuen Bestimmungen wird den Zeitungen gestattet sein, Abholen für je eine Ausgabe täglich zu verbrauchen. Die Geschäftsgedobude dienten 5 Tage in der Woche geheizt werden, müssen aber an Montagen und Feiertagen geschlossen bleiben.

Wie französische Blätter aus New York melden, hat das Schiffsamt den Handelsminister um Auslieferung aller Segelschiffe ersucht, die unter amerikanischer Flagge fahren und die demnächst beschlagnahmt werden sollen. Redfield antwortete, daß 175 Segelschiffe mit 478 000 Tonnen sofort verwendbar seien.

Vom preußischen Staat.

6½ Milliarden Mark.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hat, wie schon mitgeteilt, der Finanzminister Hergt den diesjährigen Haushalt vorgelegt. Wie entnehmen denselben folgendes: Der Staat für 1918 ist mit 6½ Milliarden Mark um 1,9 Milliarden höher als der laufende Staat. Diese enorme Erhöhung ist auf die allgemeine Steigerung der Ausgaben, aber auch auf eine etatotechnische Veränderung zurückzuführen, die Beamtenzulagen sind eingearbeitet, auch der Beitrag für den Staatskommissar für Volksversicherung ist. Die Schatzanweisungen sind nicht schwankende, sondern dauernde Schulden und ihre Tilgung war deshalb in den Staat aufzunehmen. Dieser gewaltige Staat macht es aber auch klar, welches positive Interesse der Staat an dem Befreiungskampf, an der Befreiungsschlacht und Ante-

griff seiner Beamten hat. Bei der Verschiebung der sozialen Verhältnisse durch den Krieg können wir als Beamte nicht bloß das behalten, was uns Industrie, Handel und Gewerbe abrig lassen, wir brauchen tüchtige Beamte, und die Voraussetzung dazu ist eine Besoldungsregelung. Einstweilen haben wir wenigstens etwas für die durch den Krieg besonders schwer betroffenen Diktaturen tun wollen, es sind für sie, abgesehen von der Eisenbahnverwaltung, 11 780 Stellen neu geschaffen worden. Ein Reineinnahmen aus den direkten Steuern sind diesmal 194,8 Millionen Mark mehr zu verzeichnen. Die indirekten Steuern würden einen Mehlertrag von weit über hundert Millionen ergeben. Dabei spielt die auffallende Summe des Wechselkurses an Grundstücken keine geringe Rolle. Auch viele weitere Beispiele stehen sich an. Das Defizit des Gesamtstaats begibt sich auf 100 Millionen, die auf Unlehr genommen werden sollen. Hätte man nicht eine Summe in dieser Höhe zur Abschöpfung der seit 1914 noch bestehenden Geldbedürfnisse nötig gehabt, so würde dieser Vorschlag, freilich mit Hilfe der Tariferhöhungen, gatt balanciert haben. Es ist also notwendig, die Eisenbahntarife zu erhöhen, und zwar um 10 Prozent bei den Personentarifen, um 15 Prozent bei den Gütertarifen und um 10 Prozent bei den Militärtarifen. In den nächsten Tagen wird ein Gesetzentwurf darüber vorliegen. Die Tariferhöhung wird insgesamt 389 Millionen Mark bringen. Aber auch hierauf wird die Eisenbahnverwaltung nicht imstande sein, ihren vollen Anteil aus dem Staatshaushalt auszuführen, 159 Millionen werden daran noch fehlen. Das Jahr 1918 wird Ausgaben bringen, die nicht im Staat vorgesehen sind, unter anderem für Erhöhung der Beamtenzulagen. Die neuen Tariferhöhungen werden ausdrücklich als vorübergehende Kriegszuschläge bezeichnet, wie hoffen, daß sie nach dem Krieg beseitigt werden können, aber wie müssen und die will Freiheit vorbehalten, die Wirkung auf den Verkehr und auf die Staatsfinanzen zu prüfen. Für das Jahr 1917 glaubt die Eisenbahnverwaltung mit einem Gehaltbetrag von 250 Millionen Mark rechnen zu müssen. Allerdings würde es möglich sein, diesen Gehaltbetrag wenigstens teilweise durch die Überzahl der Bergverwaltung auszugleichen, die die höchsten Erwartungen übertrifft. Diese hohen Einnahmen legen die Erhöhung nahe, ob wir mit der Kohlenpreiserhöhung, zu der sich die Regierung nur nach schwersten Bedenken entschlossen hat, dem Publikum und dem Gewerbestand doch nicht zu viel zugemutet haben.“

Neine politischen Meldungen.

Vom Kaiser. Der Kaiser empfing gestern den Kronprinzen, hörte den Generalsabschluß und empfing hierauf den Direktor im Justizministerium Dr. Bouvier, den Untersuchungsrichter im Reichsgericht Dr. Höbel und den Direktor im Reichspostamt Tente. Bayrischer Besuch in Dresden. Die „Sächs. Staatszeitung“ schreibt: Morgen frühzeitig trifft der König, Bayrische Staatsminister des Königlichen Hauses und des Außenmin. v. Dandl in Dresden ein, um von S. Majestät die dem König in Gladis empfangen zu werden. Der Besuch ist ein erneuter Beweis für das gute Einvernehmen, das zwischen den Herrschern und den Regierungen der beiden Bundesstaaten auch in dieser schweren und unruhigen Zeit besteht. Wie heißt Se. Exzellenz in unserer Hauptstadt k. z. z. willkommen und sind überzeugt, daß er den Eindruck gewinnen wird, daß auch die beiden Völkern die althergebrachte Freundschaft lebendig ist.“

Valentinis Rücktritt. Wie die Kreuzzeitung am unteren Quell erwähnt, ist der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Geheimer Kabinettsekretär v. Valentini, aus seinem Amt geschieden. Sein Nachfolger ist der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt worden. Im Bayntauschaff des Reichstags wurde gestern über Sonderfragen verhandelt. Abg. Roth (DP) brachte zahlreiche Beschwerden vor. Von den Zusagen der Besserung sei nichts gehalten worden. Die Zustände seien schlimmer denn je. Die Wilkür der Generalkommandos überseie jedes Maß. Aber man gehe nur gewissen Richtungen gegenüber, so schreibt v. Berg. Andere könnten nun und lassen, was sie wollten. Die altdutsche Presse darf Beschimpfungen des Reichstages, des Grafen Hertling, der Gewerkschaftsführer, minderbürger Politiker usw. mit Genehmigung der Zensur bringen, die aber jedes Wort der Kritik an Herrn v. Tiefen, den Vorständen der Vaterlandspartei, unterschreibt. Auf die Beamten werde ein starker Druck ausgeübt, in die Vaterlandspartei einzutreten. — Nach der Rede Goethes wurden die Weiterberatungen vertagt.

Die Sächsische Erste Kammer hielt gestern ihre erste Sitzung nach Weihnachten ab. Für den aus der Kammer geschiedenen Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Dietrich, wurde Oberbürgermeister Hellmuth zum Vizepräsidenten der Kammer gewählt. Für Mittwoch, den 29. d. M. sind Einladungen an die Mitglieder beider Kammern des Landtages vorgesehen zu einer Aufführung im Königl. Opernhaus. In der Pause wird der König im Wandelgang die Mitglieder der Kammer empfangen. Die Aufführung ist einen Erfolg für die in Friedenszeiten üblichen Hoffnungen, in denen Einladungen an die Stände eingehen.

Die Stichwahl im Reichstag war gestern abends stattgefunden. Die Wahlparole des Kreisvereins der Fortschrittkräfte für die Stichwahl lautet für den Sozialdemokraten. Die Reichsleitung des Fortschritts beschuldigt, ebenfalls für die Wahl des Sozialdemokraten aufzutreten. Es ist jedoch nicht bekannt, ob von sich aus eine entsprechende Parole ausgesetzt ist. Es hat bekanntlich Stichwahl zwischen dem Konservativen Dr. Herrmann und dem Sozialdemokraten Uhlig stattgefunden.

Unsere Kavallerie auf portugiesischem Boden. Lyoner Blätter melden aus Lissabon: Eine offizielle Note über die Lage in Portugal-Afrika gibt bekannt, daß sechs bis acht deutsche Kompanien das Gebiet von Marokko besetzt haben und sehr starke Stellungen mit Maschinengewehren anlegen. Man erwartet seitdem einen Kampf mit den Alliierten in den nächsten Tagen. Die portugiesischen Truppen, welche bei Guiné eine Schlacht erlitten hatten, befinden sich mit englisch-portugiesischen Verbündeten in Umano. Der Posten von Suio wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Foz Upanha lagen. Engländer und deutsche Truppen haben in Umano ein Lager errichtet und eine Brücke über den Rio geschlagen. Der Gouverneur von Quelimane meldet, daß die Deutschen verschiedene Punkte dieser Provinz besetzt haben.

England und die deutschen Kolonien. „Morning Leader“ berichtet, die Führung der Arbeitspartei, daß sie unter keinen Umständen direkt oder indirekt Gewerkschaftsvereinigungen als englisches Kolonialziel zulassen werde, begleite sie auf die deutschen Kolonien. Demgegenüber wird aus Johannesburg (Südafrika) gemeldet: Eine Eingabe gegen die Rückgabe der Kolonien an Deutschland wurde dem Oberbürgermeister in einer öffentlichen Versammlung am 11. Januar übergeben. Die Eingabe misst 900 Unterschriften auf, die in zweihälften Tagen gesammelt wurden.

Verhaftungen in der Callianz-Affäre. Nach einer poli-

stik ist, verhaftet. Ebenso ist der Abgeordnete Constatot verhaftet worden.

Orlandos Klagen. „Gazeta de Páis“ veröffentlicht einen Bericht: Nach dem französischen Blatt „Le Pays“ soll der italienische Ministerpräsident Orlando in einer Unterredung von großem Menschenreserven, aber die Italiener verfüge, gesprochen haben. Das könne nur auf einem Misserfolgsstande beruhen. In Gegenseitigkeit hat der Ministerpräsident in zahlreichen Unterredungen mit politischen und militärischen Führern der Verbündeten ausführlich angedeutet, daß die Anstrengungen Italiens auch in bezug auf die Finanzen kaum übertragen werden könnten, da ungefähr 12 Prozent des Volkes unter den Fahnen stehen. Jetzt hat Orlando darauf hingewiesen, daß der Schaden, den Italiens Wirtschaft durch den Mangel an Arbeitskräften erlitten habe, nicht weniger als der eines anderen Landes sei. Endlich hat er sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß der Umfang der italienischen Opfer und Leid der Bevölkerung von den verbündeten Ländern nicht immer genügend anerkannt werde.

Eine neue Begegnung der nordischen Könige. Die Zeitung „Aftonposten“ folgt in nächster Zeit eine neue standespolitische Königszusammenkunft in Stockholm auf.

Von Stadt und Land.

Freitag, 18. Januar.

Wirtschaftlicher Zusammenschluß der Festbesoldeten

Der wirtschaftliche Zusammenschluß Festbesoldeter des Königreichs Sachsen zu genossenschaftlichem Warengroßankauf ist durch die Beschlüsse einer Vertreterversammlung, welche am 19. Dezember in Dresden taute, ein gutes Stück gefordert worden. Die Versammlung, die vor 50 Vertretern aller Beamtenzulagen aus 28 Städten Sachsen besucht war, ließ sich zunächst durch den Referenten des Arbeitsausschusses Festbesoldeter zu Leipzig, Oberlehrer Bischöfle, darüber orientieren, daß jetzt im Leipziger Kreise ein volles Einverständnis zwischen allen Kurzgelehrten und Festbesoldeten bezüglich der wirtschaftlichen Genossenschaftsbewegungen bestünde, und daß zur Vermeidung aller Berücksichtigungen der Einkaufsverein Festbesoldeter, früher deutscher Einkaufsverein für Lehrer, Beamte und Geistliche e. G. n. b. o., als offizieller und wirtschaftlicher Sammelplatz für den Kreis Leipzig gelte. Jeder Festbesoldete des genannten Verbreitungsgebietes sei deshalb aufgefordert, sich als Genosse zu melden. Der Eintrittspreis zur Genossenschaft beträgt 1,50 Mark, der Genossenschaftsanteil 50 Mark, wovon im ersten Jahr mindestens 10 Mark einzuzahlen sind. Bis jetzt sind rund 8000 Aufnahmen und Zahlungen erfolgt. Der Einkaufsverein Festbesoldeter e. G. n. b. o. ist mit seinen Arbeitsstellen auf den Kreisen eingestellt, hat sich aber bereits schon jetzt bemüht, durch Kriegsbezüge den Mitgliedern Waren zu vermitteln, die — wie ausdrücklich bemerkt — dem erzielten Ideale der Preisbildung noch nicht genügen, wohl aber dem Warenbedarf einigermaßen entgegenkommen.

In ähnlicher Weise hatten sich auch die Dresdner Festbesoldeten zu einer Einkaufsgenossenschaft zusammengefunden, deren gerichtliche Eintragung bereits angemeldet ist. Der Zweck der Versammlung war der, den in der Leipziger Organisation zum Ausdruck gebrachten Gedanken der Centralisation zunächst für ganz Sachsen zu beraten. Das Resultat der Versammlung war einstimmiges Stimmen folgenden Votums:

„Die in Dresden verhaupteten Vertreter sächsischer Festbesoldeter-Einkaufsvereine fordern alle sächsischen Festbesoldeten auf, nach Bedürfnis Einkaufsgenossenschaften mit dem Endziel gemeinsamen Großankaufs in einem Genossenschaftsverband zu gründen. Festbesoldete und Gemeinschaften, denen aus lokalen Gründen e. G. Genossen, Haftgründung unmöglich erscheint, werden aufgefordert, sich den schon bestehenden und noch entstehenden Einkaufsgenossenschaften als Bezirke derselben anzuschließen. Die Leipziger Vertreter des Einkaufs-Vereines Festbesoldeter werden beauftragt, die Vorarbeit für den zu gründenden Genossenschaftsverband zu erledigen und einen Satzungsentwurf für diesen Landesverband fertig zu stellen. In einer Sitzung stattfindenden Versammlung ist hierüber Bericht zu erstatten.“

Alle Anfragen wolle man richten an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates des E. V. A. Oberlehrer M. G. Bischöfle in Leipzig, Ritterstraße 21.“

Arbeitsauszeichnungen. Infolge eines Druckschreibers ist in unserer nächsten Nummer „Arbeitsauszeichnungen“ der Name des mit dem Ehernen Kreuz ausgezeichneten Soldaten Rudolf Michael von hier in „Michael“ verwandelt worden. Der Vorsitz ist mit seinen Arbeitsstellen auf den Kreisen eingestellt, hat sich aber bereits schon jetzt bemüht, durch Kriegsbezüge den Mitgliedern Waren zu vermitteln, die — wie ausdrücklich bemerkt — dem erzielten Ideale der Preisbildung noch nicht genügen, wohl aber dem Warenbedarf einigermaßen entgegenkommen.“

Die Verlustliste der Sächs. Armee Nr. 478 ist erschienen und ist in unserer Geschäftsstelle einzusehen.

Lebensmittelanschaffung am Sonnabend. Morgen wird ausgegeben: auf Mark 54 Butter, auf Fleischmarken und Warenliste V. Fleisch. Näheres Anschlagsblatt.

Großreinemachen auf dem Stadthause. Heute und morgen regieren die Schuhfrauen auf dem Stadthause: Die Witwen, in denen sonst so eifrig gearbeitet wird, sind für den Verkehr heute und morgen geschlossen und nur in dringlichen Angelegenheiten geöffnet, denn sie sollen einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Die Dreieinigkeit: Fleisch, Schrubber und Eimer wird eine umfangreiche Tätigkeit entfalten. Das Lebensmittelamt wird auch morgen wie sonst geöffnet sein und das Standesamt wird denen, die es brauchen, morgen Vormittag zur Verfügung stehen.

Vom Weiter. Es ist ein Winter des jüngsten Wechsels und der plötzlichen Überraschungen. Gestern Abend noch dichter, warmer Schneefall — heute wieder alter Schnee von den Straßen verschwunden und eine Temperatur, als wären wir im Frühling. Unheimliches Wetter herrscht auch in den Rheinlanden vor, dort aber ist es, wie bei Wingen, Schwerte und Wiesbaden, infolge des Hochwassers zu Überschwemmungen und teilweise Dammbrüchen gekommen. Infolge eines solchen Dammbruches ereignete sich leider auch ein schweres Eisenbahnunglück. Viele Verletzte wird darüber gemeldet: Der Urlauberzug Nr. 243 ist Mittwoch morgen bei Aachen infolge Dammbruch entgleist. Wagen, Bahnwagen und zwei Personenwagen sind abgestürzt. Die Zahl der Toten beträgt etwa 25, die der Verletzten ist ebenso hoch.

Die Kartell

ischen Verträge d

er Förderung

andelt worden

der Kartell

sich auf

Städten

höchst

hoch

Städten

ebenso wie die

und Anführ

erhalten

höchst

höchst